Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 46 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden A, Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel 1 oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 8 gültig.

Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981—27983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060 • Berliner Schriftleitung: Berlin W 35, Viktoriastraße 4a

Nichtverlangte Einsendungen an die Schriftleitung ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 96 — Dienstag, 26. April 1938 — 46. Jahrgang

Reichsgartenschau Essen 1938 eröffnet

Stolzes Zeugnis des Aufstieges des deutschen Gartenbaus — Die KdF.-Flotte in Lissabon eingelaufen — Japanische Admirale abberufen

Minister Darré spricht

Die Steigerung der deutschen Agrarproduktion

✕ Essen, 26. April

Heute vormittag wurde die Reichsgartenschau 1938, die zweite Reichsausstellung des deutschen Gartenbaues, von Reichsminister Darré mit einer Ansprache eröffnet, in der er die große Bedeutung des deutschen Gartenbaues aufzeigte. Die Reichsgartenschau in Essen, die sich über ein Gelände von fast 500 000 Quadratmeter ausbreitet und ein wahres Blumenwunder im Ruhrgebiet geworden ist, gibt ein überzeugendes Bild von den Leistungen des deutschen Gartenbaues in allen seinen Zweigen.

Der Minister legte einleitend dar, wie allein schon die Tatsache, daß von 17,5 Millionen Haushaltungen im Altreich 5,5 Millionen über einen Kleingarten verfügen, die Bedeutung des Gartenbaus aufzeige. Seine volkswirtschaftliche Bedeutung ersehe man daraus, daß auf den erwerbsmäßigen Gemüsebau und die Obstanlagen, die nur etwa 1 Proz. der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Altreichs umfassen, wertmäßig mehr als 20 Proz. der gesamten pflanzlichen Erzeugung entfallen und der Produktionswert des Gartenbaus sich pro Zeit auf etwa eine Milliarde Mark belaufe. Von entscheidendem Gewicht endlich sei die Bedeutung des Gartenbaues für unsre Volksernährung, wobei auch mitspiele, daß ein stärkerer Verzehr von inländischem Obst und Gemüse zu einer Verminderung des Verbrauchs solcher Lebensmittel führe, die wir bisher nicht in ausreichender Menge selbst erzeugen.

Obwohl im Jahre 1937 mit 2,8 Mill. Tonnen Obst (ohne Südfrüchte), 718 000 Tonnen oder 34 v. H. mehr verbraucht wurden als im Jahre 1932, deckten wir unsern Obstbedarf im Jahre 1937 zu 89 v. H. aus inländischer Erzeugung gegen einen Inlandanteil von nur 75 v. H. an der Versorgung im Jahre 1932. Der Verbrauch an Gemüse erhöhte sich von 1932 bis 1937 um 464 000 Tonnen oder 15 v. H. auf 3 538 000 Tonnen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Inlanderzeugung am Gesamtverbrauch von 91 v. H. auf 94 v. H.

Dies gelang aber nur, weil der Nationalsozialismus dem deutschen Gartenbau seine Existenzgrundlage wiedergegeben hat und durch Markt- und Einfuhrregelung gerettet hat vor der Vernichtung. Daß es mit dem deutschen Obst- und Gemüsebau seit 1933 wieder aufwärts gegangen ist, beweise im übrigen auch die Tatsache, daß der Wert der Erzeugung an Obst und Gemüse von 598 Millionen Mark im Wirtschaftsjahr 1932/33 auf 965 Millionen Mark im Jahre 1936/37 gestiegen ist.

Darré wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Agrarpolitik eine Fülle von Maßnahmen gewollt hat, um die Leistungen des Obst- und Gemüsebaues dem wachsenden Bedarf entsprechend zu steigern. Dabei wurde, um eine Beeinträchtigung der Versorgung mit Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett zu vermeiden, einer spekulativen Ausdehnung der Anbaufläche entgegengetreten und auf Steigerung des Ertrages der vorhandenen Flächen hingearbeitet. Von 1934 bis 1937 wurden 2 820 000 Obstbäume neu gepflanzt und 284 000 mit 4 340 000 Pfropfköpfen verbessert. Wenn verlangt werde, daß der Gartenbau zu niedrigeren Preisen als bisher seine Erzeugnisse auf den Markt bringe, so müsse man bedenken, daß Deutschland nicht in gleichem Maße vom Klima begünstigt sei wie andre Länder. Der deutsche Gartenbau habe schon 1932 16,2 Millionen Quadratmeter seiner Fläche unter Glas halten müssen. 45 Millionen Mark brauche er jährlich für Heizmaterial. Dazu komme, daß die Löhne dank dem höheren Lebensstandard des deutschen Volkes höher seien als in andern Ländern.

Das schließe nicht aus, daß der Reichsnährstand nichts unversucht lassen wird, um durch ständige Verbesserung der Produktionsmethoden eine Verbilligung der Obst- und Gemüseversorgung unsrer Städte zu erreichen. Dieses Streben dürfe jedoch niemals zur Erschütterung der Lebensgrundlage des deutschen Gartenbaues führen, weil mit ihm unsre Versorgung mit Obst und Gemüse erschüttert werden würde.

Die Marktordnung werde auch bei Gartenbauerzeugnissen in der Preisgestaltung immer einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und der Verbraucher anstreben müssen. Daneben wird es Ziel des deutschen Gartenbaues sein und bleiben müssen, unser Ueberwindung der natürlichen Schwierigkeiten die Versorgung unsres Volkes mit Obst und Gemüse aus eigener Erzeugung immer gleichmäßiger und qualitativ besser zu gestalten.

Auf dem Weg zur Erreichung dieser Ziele wird auch die Reichsgartenschau in Essen, die nunmehr ihre Tore öffnet, einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese Schau wird ebenso wie die 1. Reichsgartenschau in Dresden 1936 helfen, das Verständnis für den deutschen Gartenbau in weiten Kreisen unsres Volkes zu wecken und zu vertiefen.

Nach der Eröffnung unternahm der Minister einen Rundgang durch die Reichsgartenschau, die eine Reihe von Lehrschauen enthält, Blumen-, Wasser-, Gemeinschafts-, Schul-, Feierabend- und Kleingärten und sogar eine ganze Wohnstraße, in Schmuckgärten gebettet, zeigt. Ein Keramikhof enthält Musterwerke der Gartenkunst, und im großen Blumenhof blühen Millionen von Pflanzen. Farben- und Schmuckterrassen mit Leuchtfontänen entzücken den Beschauer, und das Glanzstück bildet die Dahlienarena mit mächtigen Terrassenbeeten. Die Schau wird als Daueranlage bestehen bleiben und zum großen schönen Volksgarten des Ruhrgebietes werden.

Prag berät Henleins Forderungen

Noch keine offizielle Stellungnahme — Neue Hetze der tschechischen Presse

Telegramm unsres Korrespondenten

S. Prag, 26. April

Der tschechoslowakische Ministerrat hat sich am Montag eingehend mit der Rede Konrad Henleins befaßt, eine offizielle Stellungnahme zu den Forderungen des geeinten Sudetendeutschtums ist jedoch nicht erfolgt. Aus den Kommentaren der offiziösen tschechischen Blätter sowie aus Meinungsäußerungen maßgebender politischer Kreise läßt sich die wahrscheinliche Auffassung der Regierung etwa wie folgt zusammenfassen:

Die von Konrad Henlein erhobene Forderung nach einer Revision der tschechoslowakischen Außenpolitik sei unannehmbar. Ein Abgehen von der bisherigen Bündnispolitik könne unter keinen Umständen in Frage kommen. In den acht Punkten, in denen Konrad Henlein die Wege einer neuen Rechts- und Staatsordnung aufzeigte, wird erklärt, sie seien teils negativer, teils positiver Natur. Ueber die negativen lasse sich schwer diskutieren, aber auch die positiven seien zum Teil nicht genügend klar, um als Verhandlungsgrundlage dienen zu können. Das von Konrad Henlein zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis des Sudetendeutschtums zur nationalsozialistischen Weltanschauung könne nur soweit als „zulässig" erklärt werden, als dadurch das Bekenntnis zu andern Weltanschauungen nicht beeinträchtigt werde. Die Regierung werde ohne Rücksicht auf die Karlsbader Kundgebung in der Ausarbeitung des von Dr. Hodscha angekündigten Minderheitenstatuts fortfahren.

Die tschechische Presse bezeichnet, mit alleiniger Ausnahme des agrarischen „Venkov", jede Verhandlungsmöglichkeit auf der Basis der sudetendeutschen Gesamtforderungen als ausgeschlossen und benützt die Gelegenheit, in unverantwortlicher Weise neue Hetztöne gegen das Sudetendeutschtum anzuschlagen. Charakteristisch ist die Sprache der „Lidove Noviny", eines dem Außenministerium nahestehenden Blattes, das die Ausführungen Konrad Henleins als „naiv und frech" bezeichnet. „Ceske Slovo", das die Meinung des Hradschins wiederzugeben pflegt, schreibt, die Regierung lasse sich nicht durch Drohungen, Ultimaten und Provokationen auf Abwege führen. Sie werde ihr Minderheitenprogramm weiter durchführen. Die „Narodny Noviny", das Blatt der tschechisch-nationalen Vereinigung, spricht von einem unannehmbaren „Diktat" Henleins. Das tschechische Volk werde nicht eine Hand breit mehr nachgeben, als anständig und ihm und dem Staate gesund sei. Das gesamte „verdeutschte" Grenzgebiet befinde sich in einer Art „Henlein-Psychose". Wahr sei, daß die deutsche Bevölkerung volle Disziplin wahre.

Zur weiteren Illustration, wieweit die öffentliche tschechische Meinung von jeder wirklichen Verständigungsbereitschaft entfernt ist, mögen noch einige Ueberschriften dienen, mit denen die Blätter ihre Berichte über die Karlsbader Kundgebung versehen: „Unerhörte Forderungen", „Heinlein will Prag diktieren", „Henlein hat die Maske abgeworfen", „Eine freche Rede aus Karlsbad", „Offenes Bekenntnis zum Nazismus" usw.

Die einzige Ausnahme macht, wie erwähnt, das Hauptblatt der tschechischen Agrarier, das zwar die Karlsbader Forderungen ebenfalls als in vielerlei Richtung unannehmbar bezeichnet, sie jedoch als Maximum für die bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Regierung und der Sudetendeutschen Partei bezeichnet. „Wir wollen und wünschen freundschaftliches Zusammenleben", so schreibt der „Venkow", „wir wollen unsre deutschen Mitbürger vor allem in nationaler Hinsicht in keiner Weise beengen. Wir wünschen keine nationalen Kämpfe und stellen fest, daß Konrad Henlein erklärte, daß er an die Friedensliebe des tschechischen Volkes glaube."

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 2)

Stockt das Gespräch Paris—Rom?

Blondel plötzlich zur Berichterstattung nach Paris berufen

Telegramm unsres Korrespondenten

✒ Rom, 26. April

Der französische Geschäftsträger Blondel, der bekanntlich gegenwärtig auf französischer Seite die italienisch-französischen Besprechungen in Rom führt, ist gestern plötzlich nach Paris abgereist. Diese überraschende Abfahrt hat in den politischen Kreisen Roms sensationell gewirkt. Wie an gut unterrichteter Stelle verlautet, sollen sich in den Besprechungen Schwierigkeiten, darunter vor allem in der Tunisfrage, ergeben haben, in der die französische Regierung sich wenig geneigt zum Entgegenkommen gegen die italienischen Wünsche zeige. Blondel wolle daher seiner Regierung den italienischen Standpunkt darlegen und den Versuch unternehmen, sie zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen.

*

Die Rückkehr des französischen Geschäftsträgers in Rom zur Berichterstattung nach Paris steht natürlich heute im Mittelpunkt aller Betrachtungen der französischen Presse. Aus diesen Betrachtungen klingt eine gewisse Besorgnis heraus. Man glaubt allgemein, daß diese etwas überraschende Reise auf ein Stocken in den Verhandlungen zurückzuführen ist. Der französische Geschäftsträger hatte bekanntlich dem italienischen Außenminister in der vergangenen Woche Vorschläge der französischen Regierung überbracht, über die es vor der Ernennung eines neuen französischen Botschafters verhandeln will. Die italienische Antwort auf diese Vorschläge steht noch aus. Es müssen aber Schwierigkeiten entstanden sein, sonst wäre man sicherlich noch vor der gestrigen Abreise des Grafen Ciano zu den Hochzeitsfeierlichkeiten in Tirana zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen. „Figaro" gibt zu, daß sich im Verlaufe der Unterredung mit Ciano in gewissen Punkten Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten. Das Haupthindernis liegt nach dem Bericht dieses Blattes in der Frage des Termins der Ernennung eines neuen französischen Botschafters in Rom. Der „Jour" fügt hinzu, daß die Instruktionen, die der Quay d'Orsay dem französischen Geschäftsträger in Rom übermittelt habe, allzu starr gewesen seien. Es sei deshalb kein Raum mehr für irgendwelche Kompromisse vorhanden. Auf jeden Fall könne man jetzt schon sagen, daß das große, von der französischen Diplomatie erhoffte Ziel, das französische Abkommen noch vor dem Besuch des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler in Rom unter Dach und Fach zu bringen, wahrscheinlich nicht mehr erreicht werden dürfte. Nach andern Berichten soll (wie auch unser römischer Korrespondent meldet — d. Schriftltg.) die Hauptschwierigkeit in der Tunisfrage zu suchen sein.

Kampf um Böhmen

Tausende Sudetendeutscher haben ihn Jahrzehnte gekämpft, zehntausende kämpfen ihn noch tagtäglich diesen harten und unerbittlichen Kampf um Böhmen. Trotz aller Not halten sie eisern an ihrem Volkstum fest, obschon ihr kärgliches Wochenverdienst nach deutschen Geld oft nur 1,50 Mark ausmacht. Obschon Verlockungen und Bedrängungen sie umgeben, schicken sie ihre Kinder nicht in den tschechischen Schulpalast, der alle Vergünstigungen materieller Art bietet, sondern in die ärmliche deutsche Schule, in dieses eine Klassenzimmer, das täglich das Ziel so vieler Kinder ist, die einen stundenlangen Fußweg dahin zurücklegen. In diesem zähen täglichen Ringen wachsen dann harte und entschlossene Kampfnaturen heran wie der am heutigen Tage fünfzigjährige Hans Krebs. Es mag höher, denn als reiner Zufall gewertet werden, wenn er als Schüler erstmals vor Gericht stand, weil er einem Sokolwagen ins Geschirr fiel und so als Junge schon seine Landsleute in der Iglauer Sprachinsel zum Freiheitskampf gegen die tschechischen Bodenentreigner mitriß. Seine erste Tat blieb symbolhaft für seinen ganzen bisherigen Lebensweg.

Falsch aber wäre es, zu glauben, daß Krebs diesen Kampf etwa aus einem abgrundtiefen Haß gegen die Tschechen geführt hätte. Im Gegenteil. Nichts hätte Krebs mehr befriedigt als ein wirklicher Ausgleich und eine ehrliche Verständigung mit dem völkischen Gegner. Freilich durfte eine solche Aussöhnung nie auf Kosten des eigenen Volkstums gehen, und allein schon aus diesem Grunde setzte sie die Forderung nach Gleichstellung des Deutschtums mit dem Tschechentum in der Tschechoslowakischen Republik voraus. Deshalb wurde Hans Krebs der Mann, der zusammen mit dem Begründer der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Hans Knirsch, zum Urheber der Autonomieforderung wurde. Er verlangte damit nichts andres als das, was die Tschechen in ihrem Freiheitskampf in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie schon vor ihm gefordert hatten und was Masaryk in den Worten niederlegte: „Wer Freiheit und nationale Gerechtigkeit will, muß in concreto für die nationale Autonomie eintreten." Aber nicht nur Autonomie wollten die Tschechen damals, sondern auch ein eigenes Staatsrecht. Man muß von Zeit zu Zeit an diese Tatsache erinnern, wenn man heute immer aus dem Hradschin bei den sudetendeutschen Forderungen nach Selbstverwaltung ein lautes und doch so unverständliches „Wir wollen nicht" vernimmt.

Hans Krebs fügte sich damals wie die dreieinhalb Millionen in diesen Staat, obwohl er ihn ebenso wenig gewünscht hatte wie diejenigen, die Krebs zu führen bestimmt war. Er fügte sich loyal und nicht als Irredentist, wie so viele heute führende Tschechen in der damaligen Donaumonarchie. Seine Loyalität, die in nichts anderm als in der Forderung nach einem verfassungsmäßig verbrieften Recht bestand, büßte er mit vielen Monaten Kerkerhaft, bis er endlich den schwersten Weg antrat: den Weg aus der engeren Heimat ins weitere Reich, nicht etwa, weil er ein gerade von ihm bewiesenes Märtyrertum scheute, sondern weil er zu jenen gehörte, die nach Auflösung der DNSAP. in der Tschechoslowakei durch ihre Anwesenheit allein schon Tausende der eigenen Volksgenossen in die Gefahr brachte, ebenfalls vor das fremde Tribunal gestellt zu werden. Krebs mußte dem Ansturm der Fremden auf deutschen Volksboden weichen, der, zielsicher und strategisch geführt, 200 000 Tschechen in das deutsche Siedlungsgebiet brachte, der die Sudetendeutschen um 299 000 Hektar Boden ärmer machte, wie erst gestern vom Abgeordneten Sebekowski auf der Karlsbader Tagung festgestellt wurde.

Seither wirkt Krebs, der mit der silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnete Offizier der „Hoch- und Deutschmeister" an der Isonzofront, auf seinem Posten als Oberregierungsrat und Pressereferent im Reichsministerium des Innern. Sein Programm aber, das er in seinem Buch „Kampf um Böhmen" und in der Forderung nach Gleichberechtigung aufstellte, ist heute übernommen von den Führern des geeinten Sudetendeutschtums, und es hat seinen wirkungsvollsten und entschiedensten Ausdruck gefunden in der von aller Welt beachteten Friedensforderung, die Konrad Henlein in seinen acht Punkten am vergangenen Sonntag im sudetendeutschen Weltkurort Karlsbad an die Tschechen richtete. Und dieses Programm ist, wie man heute billigerweise zugeben muß, weit davon entfernt, eine „Provokation" zu sein, wie es die Tschechen so gerne hinstellen, denn dieses Programm will nichts andres, als die durch das unsinnige Prager Wort vom „Erbfeind der Tschechen" vergiftete Atmosphäre endlich grundlegend entgiften.

Man kann den Sudetendeutschen heute auch im tschechischen Lager nicht vorwerfen, daß sie andres gefordert hätten als das, was ihnen die Gründer